

Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 23 (1943-1944)
Heft: 5

Artikel: Zum 15. Dezember 1943 : der erste Sozialdemokrat im Bundesrat
Autor: Meierhans, Paul
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-334950>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 02.05.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

ROTE REVUE

SOZIALISTISCHE MONATSSCHRIFT

Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz

23. JAHRGANG -- JANUAR 1944 -- HEFT 5

Zum 15. Dezember 1943

Der erste Sozialdemokrat im Bundesrat

Von Dr. Paul Meierhans

In seiner berühmt gebliebenen Rede vom 12. April 1862 vor dem Handwerkerverein der Berliner Vorstadt Oranienburg befaßte sich Ferdinand Lassalle mit den treibenden gesellschaftlichen und politischen Kräften. Er teilte die neuere Geschichte in drei Abschnitte ein: in eine erste Periode, die mit dem Ausbruch der Französischen Revolution von 1789 abgelaufen sei, die das Ende des Feudalismus gebracht habe. Die mit der Französischen Revolution beginnende Epoche sei die des großbürgerlichen, kapitalistischen Besitzes. Aber auch diese sei bereits abgelaufen. Denn schon am 24. Februar 1848 sei die erste Morgenröte einer neuen Geschichtsperiode erschienen:

«An diesem Tage brach nämlich in Frankreich, in diesem Lande, in dessen gewaltigen innern Kämpfen die Siege wie die Niederlagen der Freiheit Siege und Niederlagen für die gesamte Menschheit bedeuten, eine Revolution aus, die einen Arbeiter in die provisorische Regierung berief, als den Zweck des Staates die Verbesserung des Loses der arbeitenden Klassen aussprach und das allgemeine und direkte Wahlrecht proklamierte, durch welches jeder Bürger, der sein 21. Jahr erreicht hatte, ohne alle Rücksicht auf seine Besitzverhältnisse einen gleichmäßigen Anteil an der Herrschaft über den Staat, an der Bestimmung des Staatswillens und Staatszweckes empfing... Es ist der vierte Stand, welcher sein Prinzip zum herrschenden Prinzip der Gesellschaft und alle ihre Einrichtungen mit demselben durchdringen will.»

Die Mühlen der Geschichte haben sehr viel langsamer gemahlen, als dies Lassalle annahm, der davon träumte, Präsident einer deutschen Republik zu werden, aber mitten aus seinen Plänen heraus in der Blüte seiner Mannesjahre in einem unseligen Duell mit einem unbedeutenden Liebesrivalen dahinsank.

Die Februarrevolution von 1848 mit Louis Blanc und seinen Nationalwerkstätten war nicht die Morgenröte einer neuen Welt, sie leitete erst die wahre Macht und Herrschaft des dritten Standes ein, der zwei Generationen brauchte, um sich von den alten Fesseln des Feudalismus zu

lösen, und der den Höhepunkt seiner Entwicklung vor dem ersten Weltkrieg erlebte. Erst dieser hat den Niedergang des bürgerlich-kapitalistischen Staates eingeleitet, und die Morgenröte dazu zeigte sich am Himmel im Osten, wo 1917 nicht bloß *ein* Arbeiter in eine provisorische Regierung eintrat und ein Lippenbekenntnis zu einem neuen Staatszweck abgelegt, sondern *die ganze Macht* in die Hände der Arbeiter und Bauern überging und die alte feudale und kapitalistische Herrschaft mit Stumpf und Stiel ausgerottet wurde. Der Kommunismus, der die Träume der ersten bourgeois Generationen geängstigt hatte, wurde ganz unvermutet in einem zurückgebliebenen Riesenreich Wirklichkeit, ohne daß damit der Kapitalismus in den andern entscheidenden Ländern beseitigt gewesen wäre. Die Geschichtsperioden verzahnen sich ineinander. Manchmal viele Jahrzehnte, ja sogar Jahrhunderte lang! Der zweite Weltkrieg (und nicht die Februarrevolution von 1848) wird wahrscheinlich als *der* entscheidende Einschnitt einer neuen Menschheitsepoche betrachtet werden müssen, der erst das verwirklicht, was Lassalle schon 1862 als unmittelbar bevorstehend glaubte.

Auf jeden Fall ist in unserem Lande, das zu den hochindustrialisier-
testen der Erde gehört, erst im Jahre 1943 der erste Vertreter der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung in die Landesregierung eingezogen. Nicht infolge einer blutigen Revolution, eines aufregenden Generalstreiks oder anderer aufwühlender innerer Ereignisse, sondern als Abschluß einer stetigen politischen Entwicklung, die zugleich auch Anfang einer neuen sein wird. Unzweifelhaft ist der 15. Dezember 1943 ein wahrer historischer Tag in der Geschichte unseres Landes. Denn er stellt den *Bruch* mit der politischen Vergangenheit wie auch die Öffnung des Tores zu neuen Zukunftsmöglichkeiten dar. Die Regierung unseres Bundesstaates, der seit seiner Gründung – seit 95 Jahren – unter freisinniger, liberal- und radikal-kapitalistischer Führung stand, zuerst einheitlich, seit 1891 abnehmend mehrheitlich – unsere oberste Landesbehörde ist jetzt nur noch aus *Minderheiten* zusammengesetzt.

Den ersten Einbruch in das System der homogenen schweizerischen Bundesgewalt brachte bekanntlich das Jahr 1891, als zum erstenmal ein Vertreter der bisher gänzlich ausgeschalteten katholischkonservativen Minderheit in den Bundesrat einzog. Als Besiegte aus dem Sonderbund hervorgegangen, hatten sich die Katholischkonservativen jahrzehntelang in den eidgenössischen Schmollwinkel gestellt, die Opposition betrieben und in ihren Stammkantonen an der Freisinnigen Partei das vergolten, was sie als Konservative an Zurücksetzung in der Eidgenossenschaft erfahren hatten. Die parteipolitischen Gegensätze zwischen dem herrschenden Freisinn im Bunde und der katholischen Minderheit führten anfangs immer wieder zu Spannungen, die sogar das Gefüge der modernen Eidgenossenschaft zu lockern drohten. Nach der Scheinblüte der 70er Jahre kam die große wirtschaftliche Krise in den 80er Jahren. Von ihr wurde vor allem der Bauernstand betroffen; die Auswanderung unter den miserabelsten Verhältnissen war das Auskunftsmittel. In den einzelnen Kantonen, die, heute noch viel mehr als früher, das Zentrum der Politik und der Verwaltung waren, weil die Befugnisse des Bundes erst durch die moderne

Verkehrsentwicklung und den Zwang zur vermehrten Zentralisation aus internationalen Verhältnissen heraus sich ausweiteten, in den einzelnen souveränen Kantonen zeigte sich der Widerstand der Opposition, der so stark wurde, daß die bestgemeinten eidgenössischen Vorlagen dem Referendum zum Opfer fielen und das Regieren für die Mehrheitspartei sich jeden Tag schwieriger gestaltete. Als dann noch im Jahre 1890 im Tessin eine eigentliche *Revolution* ausbrach, angezettelt von den Radikalen gegen die konservative Gewaltherrschaft Respinis, als ferner alle Bestrebungen des Freisinns zur vernünftigen Gestaltung unserer *Eisenbahnpolitik* im Interesse des freieren Verkehrs und des Aufschwungs von Handel und Gewerbe an der Volksmehrheit, angeführt durch die Konservativen, scheiterten, nahm der autoritäre freisinnige Bundesrat Welti im Dezember 1891 verärgert seinen Rücktritt. Es blieb dem Freisinn nichts anderes übrig, als eine *Verständigung mit den Katholischkonservativen* zu suchen. Als Nachfolger Weltis trat der Entlebucher *Zemp* als erstes katholischkonservatives Mitglied der Regierung des Bundesstaates in den Bundesrat ein. Die freisinnigen Erwartungen, einhergehend mit einem Abbau des Kulturkampfes, aber auch die konservativen Hoffnungen, gingen in Erfüllung.

Das Verhältnis der beiden großen bürgerlichen Parteien gestaltete sich erträglicher. Sie blieben auch mehr denn je aufeinander angewiesen, weil inzwischen die sozialdemokratische Bewegung zur eigentlichen bedeutenden Oppositionspartei herangewachsen war, der gegenüber es vor allem die gemeinsamen bürgerlichen Interessen zu verteidigen galt. Der Freisinn bröckelte im Volke immer mehr ab, während die Katholischkonservative Partei, dank ihrer weltanschaulichen und religiösen Fundierung, sich als bedeutend wetterfester erwies. Aber erst nach dem ersten Weltkrieg, im Jahre 1919, als Bundesrat Calonder zurücktrat, um das Amt eines Völkerbundskommissars in Oberschlesien zu übernehmen, kam der zweite Katholischkonservative in den Bundesrat, der Freiburger Musy, der sich beim Generalstreik als einer der schärfsten Rufer im Streite gegen die kämpfenden Arbeiter ausgewiesen hatte. Wirtschaftliche und soziale Fragen standen jetzt im Vordergrund. Der Kulturkampf war versunken, so daß im Jahre 1920 als Preis für das Zugeständnis der katholischen Orte zum Eintritt in den Völkerbund der Nuntius fast unbemerkt wiederum in Bern einziehen konnte.

Der Zerfall der landwirtschaftlichen Preise, das Schwinden der Kaufkraft der städtischen Massen durch Arbeitslosigkeit und Deflation riefen in den 20er Jahren dieses Jahrhunderts auch eine große bäuerliche Krise hervor, die die Massen auf dem Lande rebellisch machte. Es kam zur Gründung der Bauernparteien, zu großen Bauerndemonstrationen und 1928, als Folge dieser Bewegung zum *Einzug des ersten Bauernvertreters* in die oberste Landesbehörde. Aber noch immer besaß der Freisinn die absolute Mehrheit, nachdem er selbst im Volke längst zur Minderheit geworden, wenn auch die stärkste Partei geblieben war.

Die sozialdemokratische Opposition verlangte immer stürmischer, daß ihr das gleiche Recht gewährt werde wie allen andern Minderheiten: an der Regierung des Landes gemäß ihrer Stärke in der Wählerschaft beteiligt zu werden. Noch bestanden einige Hindernisse, bei den bürger-

lichen Parteien und in der sozialistischen Bewegung. Die Haltung zur Militärfrage, die Nachwirkungen der Diskussionen um die Diktatur des Proletariats und der Widerstand in den eigenen Reihen gegen eine Beteiligung, gegen den Ministerialismus, zählten dazu. Der Parteitag von Basel 1928 räumte mit den ideologischen Widerständen in der Partei auf und erklärte sich *grundsätzlich* bereit, in den Bundesrat einen Vertreter der Arbeiterschaft abzuordnen. Aber die bürgerlichen Parteien waren zu einer Zusammenarbeit nicht reif. Das änderte auch nicht, als der Parteitag von Luzern (1936) angesichts der veränderten internationalen Verhältnisse und nachdem die bestehende internationale Organisation sich als unfähig erwiesen hatte, einen bedrohten Staat gegen einen Angreifer zu schützen, sich zur Landesverteidigung bekannte. Nur langsam änderten sich die Meinungen. Ja sogar das große gemeinschaftliche Werk und Erlebnis, die Landesausstellung von 1939, in der das ganze Volk sein Bekenntnis zur heimatlichen Arbeit, ja zur Heimat selbst, ablegte, vermochte in den bürgerlichen Parteien das Eis nicht zu schmelzen. Nicht einmal die ersten Jahre Mobilisation, bei der die Arbeiterschaft, die sozialistischen Partei- und Gewerkschaftsmitglieder ohne Ausnahme, mit ihrer Treue und Opferbereitschaft sich als zuverlässige, nicht versagende Verteidiger der Heimat erwiesen hatten, veranlaßten die bürgerlichen Parteien, die Sozialdemokratie nun aktiv zur Mitarbeit an der obersten Landesregierung einzuladen.

Es brauchte dazu eines *deutlichen Winkes der Wähler selbst*. Dieser erfolgte bei der Gesamterneuerung des Nationalrates am 31. Oktober 1943. Da schnellte die Zahl der bisherigen sozialdemokratischen Mitglieder der Bundesversammlung von 48 auf 61, wobei erst noch zu sagen wäre, daß diese Zunahme nicht die volle Stärke der Arbeiterschaft an der Urne repräsentiert, weil in den Kantonen Genf und Waadt durch die Ausnahmegesetzgebung ein beträchtlicher Teil der Wählerschaft an der in ihrem Sinn gelegenen Ausübung des Wahlrechts verhindert wurde und der Urne fernblieb.

Nach dem 31. Oktober 1943 war die bisherige Mehrheitsstellung des Freisinns im Bundesrat *unhaltbar* geworden. Wenn versucht worden wäre, sie zu halten, so hätte das Experiment in einem eigentlichen Zusammenbruch bei den nächsten Wahlen enden müssen. Grundsätzlich war der Eintritt der Sozialdemokraten schon 1938 fällig gewesen. Damals versäumte der Freisinn die Gelegenheit, in Schönheit und einiger Eleganz seine Mehrheit preiszugeben. Sein linker Flügel wurde durch reaktionäre Einflüsse aus der Westschweiz und aus den katholischkonservativen Kreisen mundtot gemacht und die Wahl Wetters knapp erzwungen gegen den damaligen Zürcher Stadtpräsidenten Dr. Klöti, der in persönlicher und sachlicher Hinsicht eine unantastbare Kandidatur war. Die Enttäuschung im breiten Volke war ganz gewaltig, und in unserer Partei war die Lancierung der Initiative auf Volkswahl des Bundesrates der Ausdruck der Hoffnungslosigkeit, durch die bürgerlichen Parteien je Gerechtigkeit zu erfahren. Es kam dann der *Krieg*. Naturgemäß schlossen sich die Reihen. Parteipolitische Erörterungen und Spekulationen traten zurück hinter dem Willen, die Unabhängigkeit und Freiheit unseres Landes in den drohenden Gefahren zu schützen und zu erhalten. Der Bundesrat bekam Vollmachten.

Das Parlament wurde in seinen Funktionen als Gesetzgeber nahezu ausgeschaltet und auf bloße Kontrollfunktionen reduziert.

Bis heute leben wir unversehrt mitten im Weltenbrand. Wohl sind uns gewaltige materielle Opfer auferlegt worden, hat die Arbeiterklasse vor allem die Lasten der Mobilisation, der Teuerung getragen und sich dabei in kritischen Momenten, als in gewissen besitzenden Kreisen die Angst umging und die Anpassung große Mode zu werden drohte, prächtig standgehalten und das Vertrauen in unsere Demokratie erhalten. Je länger je mehr wurde die Frage gestellt: Soll zum Danke für diese Haltung die Arbeiterschaft weiterhin vom Bundesrat ausgeschlossen bleiben? Wäre es jetzt nicht an der Zeit oder höchste Zeit, sie in ihre Rechte voll einzusetzen und ihr ihren Anteil am sozialen Fortschritt der Nation zu sichern? Die Partei hatte ihre Ziele, auch die unmittelbaren der nächsten Nachkriegszeit, in ihrem Manifest der «Neuen Schweiz» verkündet, diese Forderungen ins Zentrum des Wahlkampfes 1943 gestellt und dem Volke die Frage vorgelegt: Wollt ihr Männern *dieser* Auffassung zur Macht verhelfen? Ihnen Gelegenheit geben, ihre Ideen zu vertreten, in die Tat umzusetzen? Die Sozialdemokratische Partei kehrte mit verstärktem Vertrauen aus den Wahlen zurück und entsprechend gesteigerter Mandatzahl in der Bundesversammlung; sie war die Siegerin des Tages, wenn auch dank des Verhältniswahlverfahrens eigentliche Erdrutsche nicht mehr eintreten können. Gemessen an früheren Veränderungen, mußte das Wahlergebnis als beträchtlicher Erfolg gebucht werden, der noch durch den Mißerfolg der bisherigen Staatspartei im Bundesrat, den Freisinn, sinnfällig unterstrichen wurde.

Daß es sich nicht um einen Zufallserfolg handelte, sondern um eine eigentliche politische Grundwelle, zeigten die Nachwahlen in den Ständerat im Aargau und in Solothurn. Im Kulturkanton wurde in geradezu sensationeller Weise der führende freisinnige Regierungsrat Emil Keller, der als Nationalratspräsident für das Jahr 1942/43 auf weithin sichtbarer eidgenössischer Warte stand – und der übrigens sein präsidiales Amt vorzüglich geführt hatte – geschlagen, und an seiner Stelle zog der sozialdemokratische Badener Stadtammann Killer neben dem katholischkonservativen Fricker als aargauischer Ständevertreter in Bern ein. Der Freisinn, der einst im Aargau allmächtig war und hier die Wurzeln seiner geistigen Kraft hatte, ging leer aus – ein politisches Niedergangssymptom ersten Ranges. Ebenso überraschend war der Wahlausgang bei der Nachwahl für den Ständerat im Kanton Solothurn. Auch hier wurde ein bisher sicherer freisinniger Sitz von den Sozialisten im Sturm erobert. Mit diesen zwei Gewinnen im Ständerat stieg die sozialdemokratische Fraktion der Bundesversammlung auf 61 Mitglieder, überflügelte die bisherige Mehrheitspartei des Bundesrates um zwei Köpfe und blieb nur um ein Mandat hinter der katholischkonservativen Fraktion zurück, trotzdem diese im Ständerat dank der kleinen Kantone weit über ihre Stärke im Volke vertreten ist. Die Oktoberwahlen hatten keinen Erdrutsch, aber einen deutlichen *Linksruck* gezeigt.

Die Wahlkommentare der bürgerlichen Presse zeigten in den ersten Tagen im November denn auch eine deutliche Stimmung des Katzen-

jammers. Allerdings verflieg er ziemlich rasch, und es blieb der Trost, daß die Sozialdemokraten gegen alle bürgerlichen Parteien und Gruppen als Einheit zusammengenommen doch nur eine Minderheit darstellten und noch fern des Ziels seien, aus eigenen Kräften selbstherrlich walten zu können. Die Schwäche dieser Argumentation liegt in der Annahme, daß das Bürgertum eine innerlich einige und geschlossene Einheit darstelle und nicht durch gegensätzliche Interessen, zum Teil auch weltanschauliche Auffassungen, getrennt sei. Aber daß man in dieser durch die Tagespolitik längst widerlegten Fiktion des einigen Bürgertums Hoffnung suchen mußte, zeigte an sich schon, wie heruntergeschraubt die einstigen Erwartungen bereits waren.

*

Wenige Wochen nach den Nationalratswahlen kündigte der Vorsteher des Eidgenössischen Finanz- und Zolldepartements, Bundesrat Dr. Ernst Wetter, seinen Rücktritt an. Aus persönlichen und sachlichen Gründen, wie der Demissionär erst kürzlich bekannte. Das Alter drückt ihn noch nicht so sehr, daß daraus eine moralische oder materielle Verpflichtung zum Rücktritt sich ergeben hätte, denn Herr Dr. Wetter ist physisch und geistig wohl auf und leistungsfähig. Sein Wille, einen gesunden und amtsfreien Lebensabend *jetzt schon* anzutreten, war durch den Ausgang der Oktoberwahlen wohl nicht ganz unbeeinflusst, wenn es auch sachlich richtig ist, die definitive Finanzreform des Ausgleichs von Bundes- und Kantonsfinanzen durch einen Mann an die Hand nehmen zu lassen, der nach menschlichem Ermessen auch altershalber in der Lage ist, diese gewaltige Arbeit zum Abschluß zu bringen. Durch den Rücktritt von Dr. Wetter wurde der Freisinn vor die Frage gestellt, ob er die Mehrheit im Bundesrat behalten oder preisgeben wolle. Sie war bald gelöst. *Der Wähler hatte die Antwort für diesmal vorausgenommen.* Es blieb dem Freisinn gar nichts mehr anderes übrig. Unterdessen war auch jenes Hindernis weggefallen, das 1938 unausgesprochen und doch entscheidend den Eintritt eines Sozialdemokraten in den Bundesrat verhindert hatte: die Rücksicht auf einen außenpolitischen Faktor. Über jenes Kapitel ist die Geschichte noch nicht geschrieben; es wird kein Ruhmesblatt für die damalige Mehrheit werden.

Aber nun trat im November an uns Sozialdemokraten die Frage praktisch heran: *Wollt ihr in den Bundesrat?* Seid ihr gewillt, euren Anteil an Mitverantwortung zu übernehmen? Es ging nicht um die grundsätzliche Haltung, die war vom Parteitag in Basel im Jahre 1928 eindeutig auf die Beteiligung festgelegt. Jetzt handelte es sich darum: Wollen wir in *diesem Moment* die praktischen Schlußfolgerungen ziehen und uns am Bundesrat beteiligen? Die Meinungen darüber waren geteilt. Nicht etwa so, daß auf der einen Seite die Partei und auf der andern die Gewerkschaften standen, was einen Riß in der Arbeiterbewegung und den Schatten einer Spaltung hätte bedeuten können. In der Partei wie in den Gewerkschaften zeichneten sich drei Nuancen der Auffassungen ab: die Anhänger der Beteiligung um jeden Preis, die unbedingten Gegner der Beteiligung und die Beteiligungsfreude unter gewissen Voraussetzungen. Die unbedingten Gegner waren überall in so verschwindender Minderheit, daß sie

sehr bald das Feld räumten und nicht mehr in Erscheinung traten. Die Freunde der Beteiligung unter Voraussetzungen wurden lahmgelegt durch den Hinweis, daß in unserer Demokratie nicht Parteiabmachungen und Verständigungsproklamationen letzten Endes entscheiden, sondern *das Volk an der Urne*. Tatsächlich ist eine Regierungsbeteiligung bei uns grundverschieden von der in parlamentarisch regierten Staaten, in denen die Regierung nur auf Mehrheiten im Parlament gestützt leben kann und der Appell ans Volk entweder nicht bekannt oder dann zum Mittel der Aufrichtung der Diktatur erniedrigt ist, sogenannten plebiszitären Charakter hat. Es wurde auf die Experimentierfelder der Kantone hingewiesen, wo die sachliche Opposition durch die Beteiligung an der Regierung nie gehindert, da und dort vielleicht gemildert worden ist. Es siegten die Optimisten (nicht zu verwechseln mit den Opportunisten), die Realisten und die Realpolitiker über die Pessimisten und die Revolutionäre, wobei die letztern davon träumen, daß wir um das Linsengericht eines Bundesratssitzes willen nicht *die ganze Macht*, die uns in einigen Monaten schon zufallen könne, verschachern sollten. Es ging in diesem Meinungsstreit wie schon oft: der praktische und allen Phantastereien und gelegentlich sogar grundsätzlichen Auffassungen abholde Schweizer hielt den Spatz fest in der Hand und ließ den Storch auf dem Dach Storch sein. Unzweifelhaft entsprach diese Haltung dem politischen Denken der Mehrheit der sozialdemokratischen Wähler, denen es nicht leicht beizubringen gewesen wäre, daß die Sozialdemokratische Partei seit Jahren sich über ihren Ausschluß aus dem Bundesrat bitter und nachhaltig beklagt und ausgerechnet in dem Moment, da ihr die Mitarbeit angetragen wird, ablehnt, wenn das auch aus Gründen geschehen wäre, die an sich und für sich genommen durchaus plausibel waren. In der Fraktion der Bundesversammlung zeichnete sich von Anfang an eine beteiligungsfreundliche Mehrheit ab, die nach den Erfolgen im Aargau und in Solothurn an Zahl und Gewicht täglich zunahm. Daß nicht im ersten Anhieb zwei Vertreter im Bundesrat gewählt werden könnten, wie das unserer Anhängerschaft im Volke entsprechen hätte, wurde als vorläufig unvermeidlicher Nachteil hingenommen, der, gemäß unserer geschichtlichen Tradition, früher oder später repariert werde. Und nun die Frage unserer Mitverantwortung für den Bundesrat. Für die *Vergangenheit* wird sie nicht existieren, und für die Zukunft bloß so weit, als die Maßnahmen des Bundesrates auch unsere Zustimmung gefunden haben. Wenn die Rechnung so leicht aufginge, wären allerdings alle Bedenken unschwer zu überwinden gewesen. Ob wir es wollen oder nicht, die Beteiligung am Bundesrat wird uns Belastungen bringen, die wir ohne eigentliche Mitverantwortung mitzutragen, zu übernehmen haben. Hoffen wir bloß, diese bleiben auf ein Minimum beschränkt und erstreckten sich nicht auf Dinge, die mit den Auffassungen grundsätzlicher Natur, die uns Sozialisten von den Bürgerlichen trennen, nicht in Konflikt stehen.

Die Ersatzwahl in den Bundesrat für den durch den Rücktritt von Bundesrat Dr. Wetter freigewordenen Sitz brachte keine Komplikationen. Von Anfang an, noch unter dem Eindruck ihrer Niederlage in den Oktoberwahlen, hatte die Freisinnig-Demokratische Partei den Verzicht auf die

Mehrheit im Bundesrat erklärt und sich bereitgefunden, den Weg für eine sozialdemokratische Vertretung freizugeben, «wenn ein annehmbarer Kandidat nominiert» würde. Die andern bürgerlichen Gruppen schlossen sich dieser Auffassung an. Am 27. November versammelte sich der Parteivorstand der Sozialdemokratischen Partei in Bern, um zur Neuwahl des Bundesrates Stellung zu beziehen. Er erhob grundsätzlich Anspruch auf eine *Zweiervertretung*, ohne allerdings daraus eine Bedingung für den Eintritt zu machen. Er lehnte jede Einmischung anderer Parteien in die Bezeichnung der Kandidaten ab. Von den bisherigen Bundesräten erfuhr einzig Bundesrat *Pilet* Anfechtung. Nicht in der Resolution des Parteivorstandes, die sich über diese Diskussion ausschwig, aber im Bericht über den Verlauf der Sitzung wurde bemerkt:

«Mit aller Eindeutigkeit kam auch zum Ausdruck, daß die von Bundesrat Pilet seit dem Sommer 1940 eingenommene Haltung von der Arbeiterschaft als schwere Belastung der schweizerischen Demokratie besonders im Hinblick auf die Nachkriegszeit empfunden wird.»

Die welsche bürgerliche Presse und auch die welschen bürgerlichen Parteien reagierten sehr gereizt auf diese Bemerkung, die durch den Text der Resolutionen einiger Sektionen und Versammlungen mit der offenen Forderung nach Nichtwiederwahl Pilets unterstrichen wurde. Die Rede Pilets vom 25. Juni 1940 – die übrigens auch von den Bundesräten Etter und Celio am Radio verlesen worden war – ist im Volke ebenso unvergessen geblieben wie der Fröntlerempfang vom nachfolgenden September und die Auslieferung des Kriegsmaterials der über unsere Grenzen getretenen polnischen und französischen Truppen an die deutsche Besetzungsmacht. Selbst nach dem Zeugnis der «Neuen Zürcher Zeitung» blieb Bundesrat Pilet seither in der Erinnerung weiter Volkskreise «das Symbol der gedrückten seelischen und politischen Lage des Landes während vier Kriegsjahren». Das ist sehr milde ausgedrückt. Die Geschichte der Radioproklamation von 1940 ist nicht restlos aufgehellt; man weiß nicht einmal, ob die andern Bundesräte vorher konsultiert worden waren, Kenntnis davon hatten, daß in ihrem Namen die innere Wiedergeburt, die eigene Machtbefugnis des Bundesrates, ausgefahrene Wege nicht mit der Tradition verwechselt werden dürften, von nun an die Regierung als sicherer und hingebender *Führer* betrachtet werden müsse und das Volk die Pflicht habe, sich hinter dem Bundesrat – nicht etwa hinter dem Parlament oder der Armee – zusammenzuschließen, daß all das und noch mehr dem Volke proklamiert werden sollte. Wir glauben es nicht. Aber die Richtlinien für die Führung der Innenpolitik, wie sie einige Wochen später von Bundesrat Etter im September 1940 aufgestellt worden waren, atmeten den gleichen Geist, ja, sie gingen in den praktischen Forderungen nach autoritärer Führung eher weiter. Dort war von der Schaffung einer starken Regierungsgewalt, einer «Gauleiterkonferenz» der kantonalen Regierungspräsidenten, von politisch-konstitutionellen Änderungen die Rede. Die Richtlinien wurden allerdings nicht am Radio verkündet, Bundesrat Etter hatte das Glück, daß sein Memorandum in einem kleinen Zirkel stecken blieb. Bundesrat *Pilet* blieb so nach außen der typische

Repräsentant der autoritären Richtung, obschon er nicht einmal der gefährlichste war. Es kamen allerdings hinzu der Fröntlerempfang, gewisse unvorsichtige Äußerungen gegenüber Gattinnen von fremden Diplomaten. Aber darüber ist seither Gras gewachsen. Bundesrat Pilet kann darauf hinweisen, daß unser Land seither mit der Vertretung der Kriegsinteressen von sehr vielen miteinander im Kampfe liegenden Staaten betraut wurde, was doch sicher nicht als Zeichen des Mißtrauens in die neutrale Führung unserer Außenpolitik gewertet werden könne. Die Geschichte wird das endgültige Urteil fällen. Sicher ist aber, daß im Schweizervolk der Chef des Politischen Departements eben das Symbol einer gedrückten, um nicht zu sagen defaitistischen Haltung im schwierigsten Moment unserer Geschichte geblieben ist und weit herum die Überzeugung besteht, daß durch einen Wechsel in der Führung der auswärtigen Politik den Interessen der Nachkriegszeit unseres Landes weit besser gedient wäre als durch ein Verbleiben.

Die bürgerlichen Parteien haben im November und Dezember eine Prestigefrage aus der Wiederwahl Pilets gemacht, zum Teil auch unter dem Druck der welschen Parlamentarier, die mit dem «Graben» drohten. Unsere Partei hätte ja in Anbetracht der Tatsache, daß unsere Außenpolitik Sache des Gesamtbundesrates und nicht in erster oder gar einziger Linie Sache des Chefs des Politischen Departements ist, sich ruhig verhalten und Herrn Pilet stillschweigend wie alle andern bürgerlichen Bundesräte passieren lassen können. Aber es galt, grundsätzlich unsern Zweieranspruch geltend zu machen, und das mußte praktisch gegenüber einem Bisherigen zum Ausdruck kommen. Das konnte nur gegenüber einem der freisinnigen Übervertretung geschehen, und von den verbleibenden freisinnigen Bundesräten war Pilet unzweifelhaft der angreifbarste. So kam es zum Angriff auf ihn, der an der Geschlossenheit der bürgerlichen Gruppen, die großzügig alles vergaßen, was sie einmal selbst gegen ihn geschrieben und gesagt, scheiterte und scheitern mußte. Wir glauben auch heute nicht daran, daß eine andere Haltung unserseits im Volke gebilligt worden wäre, oder daß es durch ein elastisches Nachgeben dann geglückt wäre, den Kanzlerposten für uns zu retten. (Übrigens wäre es schmachlich gewesen, wenn wir wegen dieser Offerte uns irgendwie in unserer politischen Haltung hätten beeinflussen lassen. Grundsätze sind für das Leben und die Zukunft einer Partei, vor allem in der Demokratie, weit wichtiger als irgendwelche Sessel. Das ganze öffentliche Leben würde vergiftet, wenn es je einmal anders werden sollte.) Die Opposition gegen Pilet ist aus unvergeßlichen Erfahrungen herausgewachsen und besteht weiterhin in Befürchtungen für die Zukunft. Daran ändert die Wiederwahl sehr wenig. Ist es noch nötig, zu betonen, daß der Anspruch der welschen Schweiz auf eine Vertretung im Bundesrat nie zur Diskussion stand und daß wir persönlich lieber zwei als nur einen Bundesrat französischer Zunge sähen? Numa Droz, Ruchonnet, um nur zwei zu nennen, haben als welsche Bundesräte der Schweiz unvergeßliche Dienste geleistet.

*

Zum Abschluß dieses kurzen Abrisses der politischen Vorgänge um den 15. Dezember 1943, die einen weit größeren Einschnitt in unsere

Landesgeschichte darstellen als das Jahr 1891, wollen wir eine Übersicht von Pressestimmen bringen, die der Leser in der «Roten Revue» zusammengefaßt gerne für die kommenden Zeiten aufbewahrt. Über die Persönlichkeit des ersten sozialdemokratischen Bundesrates, den Genossen Ernst Nobs, den wir als Mitgründer und ehemaligen Redaktor der «Roten Revue» auch hier herzlich begrüßen und dem wir in seinem verantwortungsvollen Amt Glück und Erfolg wünschen, hat die Tagespresse aller Schattierungen berichtet.

Dokumentarisches

Auszüge aus sozialdemokratischen Kommentaren

«Volksrecht»

Der Eintritt eines Sozialdemokraten in den Bundesrat zählt zu den historischen Tatsachen. In unsern staatspolitisch eher konservativen Verhältnissen bedeutet er die definitive Einbeziehung der Sozialdemokraten in die Regierungsparteien. Es handelt sich also nicht um ein vorübergehendes Faktum, wie es in den parlamentarisch regierten Staaten möglich und üblich war, wo sich in kurzer Zeit neue Mehrheiten, neue Regierungen und entsprechend auswechselbare Männer und Parteien ablösen. Man darf ruhig sagen, daß der 15. Dezember 1943 einen neuen Abschnitt unserer politischen Geschichte einleitet, noch bedeutungsvoller als der Tag, da der Freisinn sich herbeiließ, einen Konservativen aufzunehmen... Heute zieht nun ein Sozialist in den Bundesrat ein mit grundsätzlich andern Konzeptionen von Staat und Wirtschaft und ihrer gegenseitigen Angrenzung. Bisher waren ausschließlich Anhänger der bürgerlichen Ordnung im Bundesrat, jetzt sitzt in seiner Mitte ein prinzipieller Gegner dieser Ordnung.

«Berner Tagwacht»

Gewählt wurde in erster Linie der Sozialist, dann erst der Mann. Das Bürgertum will die Partei, denn die Partei, die Sozialdemokratie, soll verpflichtet werden. Anders würden die Probleme nicht gelöst, vor die das Bürgertum infolge des erfolgreichen Kampfes der Arbeiterschaft sich gestellt sieht... Die Partei, die Arbeiterschaft, deren Anspruch auf die Mitwirkung an der Bundesregierung noch keineswegs erfüllt ist, wird wachsam bleiben und ihre Unabhängigkeit bewahren. Ein Sozialist, auch zwei Sozialisten können im sozialistischen Sinne mitarbeiten, sozialistische Politik kann aber nur eine sozialistische Mehrheit betreiben.

«Basler Arbeiterzeitung»

Der schweizerische Freisinn ist aus seiner herrschenden Macht verdrängt. Man wird zwar sagen, er habe freiwillig darauf verzichtet. Formal mag das richtig sein. In Wirklichkeit hat sich das Schicksal erfüllt... Wunder geschehen keine, und der sozialdemokratische Bundesrat befindet sich in der Minderheit wie seine Fraktion in der Bundesversammlung. Aber die Ausschließlichkeit ist gebrochen, und in der Landesregierung werden auch jene Gedanken vertreten, die im Manifest die «Neue Schweiz» enthalten sind und deren sie sich bisher verschloß.

«St. Galler Volksstimme»

Das arbeitende Volk der Schweiz wird sich darüber klar sein müssen, daß das schweizerische Finanzkapital mit dem Augenblick, da die Armee demobilisiert werden kann, eine Massenarbeitslosigkeit auslösen wird, welche das wirksamste Mittel des Druckes auf die Löhne und des Kampfes gegen alle Versuche sozialer

Erneuerung sein wird. Der gewaltigen Machtkonzentration privatwirtschaftlichen und staatswirtschaftlichen Kräften gegenüber ist die Aufnahme eines Sozialdemokraten in den Bundesrat eine an sich nur geringfügige Geste. Es kommt also darauf an, was aus diesem Posten im Kampfe um die Sache des arbeitenden Volkes werde gemacht werden können. Es bedarf eines arbeitenden Volkes, das sich durch solche Konzessionen des Bürgertums nicht täuschen läßt und das das Ziel seiner Befreiung immer ganz sieht. Das arbeitende Volk nimmt nüchternen Blickes vom Wahlakt des 15. Dezember Kenntnis und richtet seinen Blick auf das, was da kommen wird.

Das «Volk», Olten

Es wäre eine verhängnisvolle Illusion, zu glauben, daß durch die Wahl eines Sozialdemokraten in den siebenköpfigen Bundesrat plötzlich soziale Sprünge gemacht würden. Es herrscht immer noch im Verhältnis 1:6 im Bundesrat das kapitalistische Bürgertum. Das ist auch entscheidend für unsere Stellungnahme. Die Verantwortung trägt nach wie vor voll und ganz das Bürgertum. Die Sozialdemokratie bleibt in der Opposition, um der Arbeiterklasse ihr Recht zu erkämpfen.

«Freier Aargauer»

Mit vermehrter Energie müssen wir alle und muß das arbeitende Volk an die Arbeit gehen. Denn nur, wenn die Sozialdemokratie an Anhängern zunimmt und ihr Einfluß wächst, kann die Beteiligung am Bundesrat uns vorwärts bringen. Mit dem 15. Dezember 1943 hat die Sozialdemokratische Partei im Kampf um eine gerechte Vertretung im Bundesrat einen ersten Erfolg zu buchen. Sorgen wir dafür, daß ihm in absehbarer Zeit weitere folgen werden.

«Thurgauer Arbeiterzeitung»

Von einem Wendepunkt in der eidgenössischen Politik zu schreiben, weil an diesem Tage ein Sozialdemokrat in den Bundesrat gewählt worden ist, wäre verfehlt. Wir glauben vielmehr, daß es die Absicht der leitenden Instanzen der bürgerlichen Parteien und Fraktionen ist, mit der Wahl eines Sozialdemokraten die Kurve des sozialdemokratischen Anstieges abzubiegen, indem versucht wird, durch die Hereinnahme eines Sozialdemokraten in die Landesregierung die Sozialdemokratie mitverantwortlich zu machen für den heutigen Regierungskurs, der ausgesprochen volksfeindlich ist... Man wird es erleben, daß die bürgerlichen Parteien nach dem Krieg möglichst viel zurückrevidieren wollen, daß man vor den kommenden großen Problemen den Kopf in den Sand steckt, und daß man für diese Politik dann den Sozialdemokraten im Bundesrat mitverantwortlich machen will... Der Sozialdemokrat im Bundesrat ist so stark wie seine Genossen im Volk draußen. Es wird uns nichts geschenkt, wir haben bisher alles erkämpfen müssen.

«Schaffhauser Arbeiterzeitung»

Der Eintritt eines Sozialdemokraten in den Bundesrat ist vielleicht zu spät und zu früh erfolgt. Zu spät, um die festgefahrene kriegswirtschaftliche Politik mit allen ihren Schwächen, um die festgefahrene Außenpolitik und um die ungerechte Finanzpolitik in einer andern Richtung beeinflussen zu können. Der Eintritt erfolgte andererseits zu früh, weil das Kriegsende noch nicht da ist und die sich ergebende Kursänderung in der Wirtschafts- und Sozialpolitik nur angestrebt, aber noch nicht eingeleitet werden kann... Unsere Fraktion hat durch den Eintritt eines Sozialdemokraten in den Bundesrat keine grundsätzliche und

taktische Konzession gemacht. Sie betrachtet sich keineswegs als Koalitionspartner der bisherigen Regierungspartei. Ihre Arbeit erfolgt weiter in voller Selbständigkeit und Unabhängigkeit, mit dem Ziel, die Kursänderung in der Gesamtpolitik in unserer Demokratie zu erkämpfen.

«Freie Innerschweiz»

Der 15. Dezember 1943 darf nicht das Ende einer Entwicklung, sondern muß der Anfang einer bedeutungsvollen Epoche sein. Daß sich die organisierte Arbeiterschaft mit der starken Fraktion im Nationalrat mit diesem Erfolg begnügen wird, darf niemand glauben. Es gibt in den Reihen unserer Gewerkschafts- und Parteigenossen immer noch Gruppen, die es vorgezogen hätten, auf eine Beteiligung im Bundesrat zu verzichten. Sie fürchten, für etwas mitverantwortlich gemacht zu werden, für das wir, gemessen am Einfluß unserer Vertretung, nicht haftbar gemacht werden können.

«La Sentinelle»

Unsere Beteiligung im Bundesrat bedeutet keineswegs, wie das gewisse Gegner des Sozialismus haben wollen, daß die Sozialdemokratische Partei mit gebundenen Händen und Füßen der Regierung ausgeliefert sei. Unsere Partei und unsere Fraktion werden weiterhin in voller Unabhängigkeit für die allgemeinen Interessen der Arbeiterschaft und des Landes ihre unabhängige Politik fortführen. Die Interessen der Arbeiterschaft wie die des Landes sind unserer Auffassung nach nicht gegensätzlich, sondern sie identifizieren sich.

Stimmen aus der bürgerlichen Presse

«Neue Zürcher Zeitung» (freisinnig)

Unter dem Titel «Der 15. Dezember der Demokratie» wird die Neuwahl des Bundesrates unter anderem wie folgt kommentiert:

«Die jetzt verwirklichte Beteiligung der Sozialdemokratie an der Landesregierung erscheint mit Recht den meisten Bürgern als das selbstverständliche Ergebnis eines politischen Reifeprozesses, der sich nicht allein in den sozialistischen Reihen, sondern zugleich in allen anderen Volksschichten vollzogen und zu dem das Gemeinschaftserlebnis von vier Jahren Aktivdienst Wesentliches beigetragen hat. Darin liegt schon eine gewisse Gewähr für den Erfolg des bedeutungsvollen Versuchs — wer wollte behaupten, daß es besser gewesen wäre, die grüne Frucht vom Aste zu reißen? ... Durch die Heranziehung der Sozialdemokratie zur Regierungsverantwortung wird die neu befestigte Praxis des eidgenössischen «Miteinanderredens» den ständigen politischen Spannungsaustausch erleichtern, der zum eigentlichen Wesen unserer Demokratie gehört. Wenn diese Hoffnung sich erfüllt, wird die jetzt noch vorsichtig «Versuch» geheißene Neuerung unserem ganzen Land und Volk sichtbarlich zum Heil ausschlagen.»

«Basler Nachrichten» (liberalkonservativ)

Die Bedeutung des Experimentes, das mit dem 15. Dezember 1943 gewagt worden ist, liegt darin, daß der Sozialismus, der bisher durch Jahrzehnte hindurch in der schärfsten Opposition zum gewordenen und bestehenden Staat stand, am Weiterbau des Bundes tätigen Anteil nehmen will. Es gibt fortan eine schweizerische sozialistische Idee, nicht mehr bloß einen theoretischen und parteipolitischen Sozialismus. Die Idee des Sozialismus ist gewissermaßen legalisiert worden.

... Die Linien zwischen gouvernementaler und ungovernmentaler Haltung werden fließender, die Einflüsse der Persönlichkeit damit stärker. Schließlich dürfte das Verhältnis des Parlaments und des Bundesrats zum Volk unmittelbar werden. Deswegen teilen wir die Bedenken nicht. Wir haben Vertrauen in die gestaltende Kraft des schweizerischen politischen Lebens.

«National-Zeitung» (freisinnig)

Ein freisinniger Verzicht auf die Mehrheit im Bundesrat hätte vor vier Jahren dem klassischen «gouverner c'est prévoir» Ehre gemacht. Heute aber, da die freisinnige Fraktion auf 59 Mitglieder zusammengeschrumpft ist, so daß sie sich mit den drei Räten begnügen muß, erscheint dieser Verzicht als klare Abdankung auf unhaltbarem Posten.

«Der Bund» (freisinnig)

Es ist das eine typisch schweizerische Art, reif gewordene politische Entscheidungen zu treffen: Ohne viel Aufhebens mit dem realistischen Sinn, der unserem Volke eigen ist.

... Das Land geht schwierigen Zeiten und ernsten Entscheidungen entgegen. Da muß man verlangen, daß wenigstens im Bundesrat, in dessen Hand das Schicksal der Schweiz weitgehend liegt, nicht etwa Proporzgeist und Parteigeist zu wuchern anfangen. Was not tut, ist eine absolute Geschlossenheit der Regierung. Sie war bis jetzt vorhanden, und man darf aus Charakter und bisheriger Tätigkeit des neuen sozialdemokratischen Bundesrates wohl schließen, daß er diese Front nicht schwächen, sondern mitfestigen wird.

«Neue Berner Zeitung» (Bauernpartei)

Die Forderung nach Wahlgerechtigkeit verbot eine weitere Übergehung der stärksten Landespartei bei der Bestellung der obersten Landesbehörde; sodann hat die sozialdemokratisch organisierte Arbeiterschaft in den vergangenen Kriegsjahren eine Haltung an den Tag gelegt, die jede politische Zurücksetzung untragbar gestaltete, und schließlich erheischen die der schweizerischen Staatsführer noch harrenden schweren Aufgaben in der Gegenwart und in der nächsten Zukunft mit gebieterischem Nachdruck eine Zusammenfassung aller auf den Aufbau eingestellten Kräfte des Landes.

«Thurgauer Zeitung» (freisinnig)

Ein denkwürdiges Ereignis, aber schon keine Sensation mehr. Mit der Ausweitung des Kranzes der mitregierenden Parteien ist die freisinnige Mehrheit im Bundesrat aufgegeben worden. Das geschah aller Voraussicht nach für immer. Die gemeinsamen Fundamente der bürgerlichen Parteien stützen die eidgenössische Politik indessen in so großer Ausdehnung, daß von einer Auflösung des Inhalts dieser Politik nicht gesprochen werden kann. ... Würde die sozialdemokratische Arbeiterschaft politischen Auffassungen huldigen, die von denen der bürgerlichen Parteien grundverschieden wären, so bedeutete die Wahl auch nur eines ihrer Vertreter eine unverantwortliche Leichtfertigkeit. ... Es ist klar, daß der marxistische Sozialismus, der die Forderung nach Verstaatlichung aller Produktionsmittel erhoben hat, einen Lebensgrundsatz unserer Eidgenossenschaft, den der persönlichen Freiheit, aus den Angeln heben würde. Träte diese Tendenz in der Sozialdemokratie maßgebend hervor, so hätte sich trotz der Bekehrung der Sozialdemokratie zur Landesverteidigung, die Wahl eines Sozialisten in den Bundesrat auch heute noch strikte verboten.

«Vaterland» (katholischkonservativ)

Man wird sich keiner Wahnvorstellung hingeben dürfen darüber, daß die Sozialdemokratische Partei ihren oppositionellen Charakter und ihre oppositionelle Haltung mit der Abordnung eines ihrer Führer in den Bundesrat aufgibt. Aber sie wird doch auch an die Regierungsarbeit und Mitverantwortung gebunden. In dieser Bindung und ihrer Auswirkung nach den beiden Seiten hin, der bürgerlichen und der sozialistischen, liegt der neue Einschlag der eidgenössischen Politik. ... Der Brennpunkt der bürgerlichen und sozialistischen Zusammenarbeit liegt in der Sozialpolitik. Die bürgerliche Standfestigkeit und Geschlossenheit wird in der Regierung dafür zu sorgen haben, daß sozial nicht ohne weiteres mit sozialistisch verwechselt werde. ... Es darf auch ein Einfluß des neuen sozialistischen Bundesrates, seiner Anteilnahme an der Regierungsverantwortung auf seine eigene Partei erwartet werden, eine Rückwirkung aus dem zeitgenössischen Ernst der Regierungsverantwortung.

«Luzerner Tagblatt» (freisinnig)

Wir begrüßen den Verzicht des Freisinns und die Wahl eines Sozialdemokraten in den Bundesrat. ... Die Auflösung der freisinnigen Mehrheitsstellung darf nicht eine Flucht aus der Verantwortung bedeuten. Sonst hätte das Schweizervolk dereinst allen Grund, den Tag zu bedauern, der von einer großen Mehrheit heute als der Beginn einer engen und vertrauensvollen, verantwortungsfreudigen Zusammenarbeit aller Parteien und Stände begrüßt wird. ... Die Sozialdemokratische Partei der Schweiz wird nach wie vor grundsätzlich bestrebt sein, die Privatwirtschaft durch den Staatssozialismus zu ersetzen. Allein, auch in diesem Punkte gibt sie in ihrer Mehrheit offensichtlich der Verwirklichung praktischer Sozialreformen auf dem Boden der herrschenden Wirtschaftsordnung vor der Verfolgung eines in der Schweiz kaum zu erfüllenden Ideals den Vorzug.

Die «Ostschweiz» (katholischkonservativ)

Eine reif gewordene grundsätzliche parteipolitische Machtverlagerung ist in aller Ruhe und Würde, beinahe wie eine Selbstverständlichkeit vorgenommen worden. ... Gewisse Entwicklungen lassen sich nicht erst bei einer unliebsamen Endphase abstoppen. An rechtzeitig aufgestandenen Warnern hat es wahrlich nicht gefehlt. ... Man will aufs Ganze gehen und eine rote «Neue Schweiz» mit all den politischen, kulturellen und wirtschaftlichen Konsequenzen an Stelle der alten Eidgenossenschaft aufrichten, wenn sich die Schützenhilfe desorientierter nicht-marxistischer Volkskreise weiterhin im günstigen Sinne auswirkt. ... Die Sorgen des grauen Alltags werden dazu beitragen, daß gewisse Befürchtungen des Wahltages nicht in Erscheinung treten, wenn nun auf der ganzen Linie die gebotene weitsichtige Wachsamkeit nicht wieder einschlummert.

«Neue Bündner Zeitung» (demokratisch)

Der Anspruch der Sozialdemokraten wurde auch von den bürgerlichen Parteien anerkannt. Wir haben immer noch irgendein Manöver aus dem Hintergrund erwartet und einzelne Pressestimmen, die mit einer Kandidatur aus Finanzkreisen liebäugelten, ließen das auch als nicht ganz ausgeschlossen erscheinen. Daß es anders kam, will noch nicht viel besagen, vor allem nicht in bezug auf die Anerkennung eines sozialistischen Anspruchs. Weit eher ist es doch einfach so, daß man die Schwere künftiger Verantwortung nicht mehr allein tragen wollte.

«St. Galler Tagblatt» (freisinnig)

Wir wünschen die Beteiligung des großen Volksteiles, der durch die Sozial-

demokratische Partei vertreten wird, an unserer Landesregierung. Dies allerdings nur unter der selbstverständlichen Voraussetzung der Mitbeteiligung an der Arbeit und Mitverantwortung der betreffenden Partei und der treuen, kollegialen Mitarbeit des gewählten Sozialdemokraten.

«**Journal de Genève**» (liberalkonservativ)

Die frühere Regierungsmehrheit hat den Beweis inneren Zusammenhalts geleistet. Indem sie den Sozialisten einen Sitz überließ, manifestierte sie nicht politische Schwäche, sondern den Willen, die von ihr verteidigten Grundsätze auch weiterhin zu wahren. Die Lehre wird verstanden werden. Die Bürgerlichen, wohl verständigungsbereit, haben noch einen Willen, und das ist gut. Es bleibt den neuen Verbündeten überlassen, den Beweis ihres Wunsches zur harmonischen Mitarbeit zu leisten. Wir werden ihre Taten abwarten. Sie können sich heute nicht mehr beklagen, das Opfer ungerechten Ausschlusses zu sein.

Die Resolution des Parteivorstandes vom 27. November 1943

(Zur Neuwahl des Bundesrates)

1. Die Sozialdemokratische Partei der Schweiz erhebt auf Grund ihrer Stärke und der Bedeutung der Arbeiterbewegung in der Schweiz Anspruch auf eine Zweiervertretung im Bundesrat. Sie beteiligt sich daher an der kommenden Neuwahl des Bundesrates.
2. Sie bestimmt die Vorschläge für ihre Vertretung im Bundesrat selbständig und lehnt jede Einmischung anderer Parteien in dieser Frage ab.
3. Die sozialdemokratische Vertretung im Bundesrat und in der Bundesversammlung wird sich besonders einzusetzen haben für die sofortige Verwirklichung der Altersversicherung, für den vollen Ausgleich der Teuerung bei den untern Einkommensklassen, für eine durchgreifende Arbeitsbeschaffung und planmäßige Wirtschaftslenkung zur Sicherung der Vollbeschäftigung, für eine weitgehende Wohnungsfürsorge, für die Ordnung der Beziehungen zwischen der Schweiz und der Sowjetunion, für die Wiederherstellung der demokratischen Rechte und Freiheiten.

Die Erklärung der Zürcher Freisinnigen

am 14. Dezember 1943

Die freisinnige Zürcher Deputation in der Bundesversammlung hat in einer Erklärung im Schoße der radikaldemokratischen Fraktion, nach einem Bericht der «NZZ.» in der Hauptsache folgendes ausgeführt:

«Die Leitung der Freisinnigen Partei des Kantons Zürich hat einmütig die staatspolitische Notwendigkeit anerkannt, heute der Sozialdemokratischen Partei den Weg in den Bundesrat freizumachen. Sie hat sich zu dieser Auffassung bekannt, trotzdem sie sich der schwerwiegenden Folgen dieses Entschlusses klar bewußt ist. Groß ist nämlich die Gefahr, daß die Bürgerlichen des Kantons Zürich auf absehbare Zeit darauf verzichten müssen, einen Mann ihres besondern Vertrauens, einen Träger ihrer Weltanschauung in den Bundesrat abordnen zu können. Daß wir uns damit auf die Dauer nicht abfinden werden, das sei bei dieser Gelegenheit in aller Kürze, aber auch mit aller Bestimmtheit festgestellt.»

Diese Erklärung ist ein Dokument.

Die Wahlzettel der Parteien

VEREINIGTE BUNDESVERSAMMLUNG

Wintersession 1943.

Wahlvorschläge

der sozialdemokratischen Fraktion.

I. Mitglieder des Bundesrats.

HR.

1. Nationalrat Henri Perret .
2.
3.
4.
5.
6.
7. Nationalrat Ernst Nobs .

II. Bundeskanzler.

Hr. Nationalrat Paul Meierhans .

ASSEMBLEE FEDERALE (Chambres réunies)

Session d'hiver 1943

ELECTIONS

Candidate du groupe socialiste.

I. Membres du Conseil fédéral:

MR.

1. Henri Perret , conseiller national.
2.
3.
4.
5.
6.
7. Ernst Nobs , conseiller national.

II. Chancelier de la Confédération:

M. Paul Meierhans , conseiller national.

VEREINIGTE BUNDESVERSAMMLUNG

Wintersession 1943.

Wahlvorschläge

der

radikal-demokratischen Fraktion,
katholisch-konservativen Fraktion,
Bauern-, Gewerbe- und Bürgerfraktion,
liberal-demokratischen Fraktion.

I. Bundesrat.

a) Mitglieder:

HR.

1. Bundesrat Pilet-Golas .
2. Bundesrat Etter .
3. Bundesrat Celio .
4. Bundesrat Stampfli .
5. Bundesrat von Steiger .
6. Bundesrat Kobelt .
7.

b) Bundespräsident:

Hr. Vizepräsident Stampfli .

c) Vizepräsident des Bundesrats:

Hr. Bundesrat Pilet-Golas .

II. Bundeskanzler.

Hr. Vizekanzler Leimgruber .

III. Eidg. Versicherungsgericht.

a) Mitglied:

Hr. Louis Prod'homme , Oberrichter
und Ersatzmann des Eidg. Versicherungs-
gerichts, in Lausanne.

b) Präsident:

Hr. Vizepräsident Lauber .

c) Vizepräsident:

Hr. Versicherungsrichter Pedrini .

Das Ergebnis der Wahlen der Bundesversammlung vom 15. Dezember 1943

Im ersten Wahlgang wurden von den bisherigen Bundesräten gewählt: Pilet mit 154 Stimmen, Etter 163, Celio 164, Stampfli 194, von Steiger 183, Kobelt 163. *Neu gewählt* wurde mit 122 Stimmen Ernst Nobs. Zum Bundeskanzler wurde mit 124 Stimmen Vizekanzler *Leimgruber* gewählt. Nationalrat Perret hatte als Gegenkandidat Pilets 59 Stimmen und Nationalrat Meierhans als Gegenkandidat Leimgrubers 70 Stimmen erhalten. Zum Bundespräsidenten wurde Stampfli mit 197 Stimmen und zum Vizepräsidenten Pilet mit 147 Stimmen bezeichnet. Alle Wahlen konnten im ersten Wahlgang erledigt werden.

Die erste Erklärung von Bundesrat Nobs unmittelbar nach seiner Wahl

Ich erkläre Annahme der Wahl und verdanke das Vertrauen, das Sie mir damit entgegengebracht haben. Die Wahl, die Sie getroffen haben, gilt in erster Linie dem Kanton Zürich, sie gilt sodann der Sozialdemokratischen Partei und den von ihr vertretenen Volksschichten, denen ich mich besonders verbunden fühle und die in den gegenwärtigen Jahren der vaterländischen Erprobung ihre Pflicht vollauf getan haben. Mit dem heutigen Zeitpunkt und mit dieser Wahl verbinden weite Volksschichten Erwartungen sozialer Natur, deren Verwirklichung unsere Volksgemeinschaft tiefer begründen und stärken würde. Was in meinen Kräften

liegt, das will ich willig tun. Ich bitte Sie, sehr geehrte Herren, mir Ihre Unterstützung nicht zu versagen.

Bundespräsident Stampfli
am 15. Dezember 1943

In der freisinnig-demokratischen Fraktion der Bundesversammlung hielt der neugewählte Bundespräsident Stampfli eine Rede, der wir nach dem «Bund» folgende Sätze als dokumentarischen Beitrag entnehmen:

«Der 31. Oktober brachte eine Schwächung des freisinnigen Einflusses. Es ist aber klug und nicht schwach, Positionen zu räumen, die nicht zu halten sind. Kriegswahlen verliefen nie zugunsten von Regierungsparteien. Die Hausse wendet sich der Opposition zu. Was wir brauchen, sind Männer, die weiterhin die Fahne unserer Ideale vorantragen. Die Scharen werden ihnen folgen, wenn die Führung kraftvoll ist. Durch zeitbedingte Mißerfolge haben wir den Glauben an unsere Mission nicht fahren zu lassen. Ich bin überzeugt, daß nach dem Zwang der Kriegsjahre in aller Welt auf militärischem und wirtschaftlichem Gebiet wieder die Sehnsucht nach der Freiheit erwacht und dann wiederum die Aera des Liberalismus.»

Bundespräsident Stampfli sprach sodann «dem maßlos angefeindeten Chef des Politischen Departements» seine herzliche Sympathie aus. «In solchen Lagen hätten seine Gegner, die Kaffeehausdiplomaten und außenpolitischen Kraftmeier à la Reinhard samt und sonders versagt. Die Bundesversammlung tat gut daran, vor der nichtswürdigen und verlogenen Kampagne nicht zu kapitulieren, ihr Wahlrecht freizuhalten von den Einflüssen der Straße. Lieber Volkswahl des Bundesrates, als Parlamentswahlen unter dem Druck der Straße.»

Man wird auch diese Worte sorgsam überlegen und aufbewahren.

Das erste Auftreten von Kommunisten in Zürich

Von Dr. F. S c h w e r z.

Als man im Jahre 1841 in Frankreich ein *starkes Auftreten von organisierten Kommunisten* gewahr worden ist, hatte eine große Erregung die bürgerlichen Gemüter ergriffen, denn diese neuen Weltverbesserer predigten Gemeinsamkeit aller Güter, Verbot aller Ausfuhr, dekretierten ein Maximum für den Preis der notwendigen Lebensmittel, verlangten nicht nur Abschaffung der Monarchie, sondern forderten neben der Errichtung einer Republik auch eine ausgesprochene Volksdiktatur.

Recht bald predigten Verkünder dieser neuen Lehre auch in verschiedenen Orten der Schweiz. Diese fanden in den deutschen Handwerkervereinen besonders der welschen Lande günstigen Boden. Es waren vor allem Ortschaften der Gestade des Genfersees, wo solche Kommunistenvereine gegründet worden sind. Die Kommunisten von Lausanne bekämpften das Eigentum, aber sie selber galten als ehrliche, arbeitsfreudige Arbeiter, denen sogar der Ruhm zugebilligt worden ist, das einst wüste Treiben der deutschen Gesellen bekämpft zu haben. An Stelle von wilden Gelagen und Schlägereien hatten sie durch Unterricht und beruf-